

Zimmerer/Schönle: Kreditwesengesetz

Dr. Carl Zimmerer / Professor Dr. Herbert Schönle

# Kreditwesengesetz

Systematische Einführung und Kommentar



BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER VERLAG DR. TH. GABLER  
WIESBADEN

ISBN 978-3-663-00731-9      ISBN 978-3-663-02644-0 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-663-02644-0  
Verlags-Nr. 481

---

Copyright by Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1962  
Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1962

# Vorwort

Mit dem neuen Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, das am 1. Januar 1962 in Kraft tritt, ist der unbefriedigende und zum Teil unklare Rechtszustand, der seit Kriegsende auf dem Gebiete des Kreditwesens herrschte, beseitigt worden. Die interessierten Kreise halten das neue Kreditwesengesetz für eine abgewogene Grundsatzgesetzgebung, die die im öffentlichen Interesse erforderliche Einflußnahme des Staates auf die Tätigkeit der Kreditinstitute ohne störende Eingriffe in deren Geschäftspolitik gewährleistet. Das Gesetz vermeidet in gleicher Weise die Lücken eines Rahmengesetzes wie die Gefahren eines perfektionistischen Gesetzes. Es wird auf unabsehbare Zeit die maßgebliche Rechtsgrundlage für die Beurteilung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Fragen der Kreditwirtschaft sein.

Zur Erläuterung der Zielsetzung und der Anforderungen des neuen Gesetzes haben es zwei Autoren, die beide den Ruf erster Fachleute für sich in Anspruch nehmen dürfen, unternommen, eine systematische Einführung und einen Kommentar zu verfassen. Dr. Carl Zimmerer, früher Direktor einer Großbank, seit einigen Jahren geschäftsführender Gesellschafter einer Finanzierungsgesellschaft, schrieb die systematische Einführung und legte dabei vor allem Wert auf die Änderungen, die das Gesetz im Vergleich zum bisher geltenden Recht mit sich brachte. Dr. Herbert Schönle, ao. Professor für deutsches Zivil-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Genf, kommentierte die Normen des Gesetzes im einzelnen.

Den beiden Autoren standen die gesamten Gesetzesmaterialien, insbesondere auch nicht veröffentlichte Sitzungsberichte der Bundestagsausschüsse, zur Verfügung. Es dürfte für die Praxis von Bedeutung sein, auf Grund dieser gesetzgeberischen Unterlagen eine Einführung und Kommentierung zu erhalten, die es sich zum Ziele gesetzt hat, sowohl die wirtschaftlichen Hintergründe und Auswirkungen des neuen Gesetzes aufzuzeigen als auch jeden einzelnen der 65 teils sehr umfangreichen Rechtsnormen unter rechtssystematischen Gesichtspunkten zu erläutern. Wir hoffen, daß das Werk die ihm zukommende Beachtung im Rechts- und Wirtschaftsleben finden wird.

Der Verlag

# Inhaltsverzeichnis

## ERSTER TEIL

### Systematische Einführung

	Seite
1. Die geschichtliche Entwicklung der Bankenaufsicht . . . . .	15
2. Die Zielsetzung des Kreditwesengesetzes . . . . .	22
3. Der sachliche Geltungsbereich . . . . .	27
4. Der persönliche Geltungsbereich . . . . .	30
5. Verbotene Geschäfte . . . . .	31
6. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen . . . . .	32
7. Eigenkapitalausstattung und Liquidität . . . . .	35
8. Die Vorschriften für das Kreditgeschäft . . . . .	41
9. Die Vorschriften über den Sparverkehr . . . . .	47
10. Zinsen, Provisionen und Werbung . . . . .	51
11. Besondere Pflichten der Kreditinstitute . . . . .	60
12. Zulassung zum Geschäftsbetrieb . . . . .	63
13. Schutz der Bezeichnung Bank, Sparkasse usw. . . . .	68
14. Eingriffsrechte der Bankenaufsicht in besonderen Fällen . . . . .	71
15. Kosten, Gebühren, Zwangsmittel, Strafen . . . . .	74
16. Sonder-, Übergangs- und Schlußvorschriften . . . . .	78

## ZWEITER TEIL

### Kommentar

#### Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (BGBl. I 881)

##### Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften

1. Kreditinstitute . . . . .	81
§ 1 Begriffsbestimmungen . . . . .	81
I. Der Begriff „Kreditinstitut“ (Abs. 1) . . . . .	82
II. Der Begriff „Geschäftsleiter“ (Abs. 2) . . . . .	111
§ 2 Ausnahmen . . . . .	114
I. Die Tragweite der Ausnahmen . . . . .	114
II. Die Ausnahmen auf Grund der Abs. 1—3 . . . . .	115
III. Die Ausnahmen auf Grund Abs. 4 . . . . .	122
§ 3 Verbotene Geschäfte . . . . .	123
I. Das Verbot der Werksparkassen (Ziff. 1) . . . . .	123
II. Das Verbot der Zwecksparkunternehmen (Ziff. 2) . . . . .	124
III. Das Verbot von Unternehmen, die die Verfügung über Kredite oder Einlagen ausschließen oder erschweren (Ziff. 3) . . . . .	125
IV. Sonstige Verbote . . . . .	126
§ 4 Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen . . . . .	128
I. Die Entscheidungsbefugnis des Bundesaufsichtsamtes (Satz 1) . . . . .	128
II. Das Verhältnis der Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes zu Verwaltungsakten anderer Behörden (Satz 2) . . . . .	130
2. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen . . . . .	132
§ 5 Organisation . . . . .	132
I. Das Bundesaufsichtsamt als Bundesoberbehörde (Abs. 1 Satz 1) . . . . .	132
II. Der Sitz des Bundesaufsichtsamts (Abs. 1 Satz 2) . . . . .	133
III. Die Ernennung des Präsidenten des Bundesaufsichtsamts (Abs. 2) . . . . .	133

	Seite
§ 6 Aufgaben . . . . .	134
I. Die Bankenaufsicht (Abs. 1) . . . . .	134
II. Die Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes (Abs. 2) . . . . .	135
§ 7 Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank . . . . .	135
I. Grundsätze der Zusammenarbeit (Abs. 1) . . . . .	136
II. Rechte des Präsidenten des Bundesaufsichtsamts im besonderen (Abs. 2) . . . . .	138
§ 8 Zusammenarbeit mit anderen Stellen . . . . .	139
I. Der Grundsatz der Zusammenarbeit im allgemeinen . . . . .	139
II. Mitteilungen der Steuerbehörden im besonderen (Abs. 2) . . . . .	140
§ 9 Schweigepflicht . . . . .	140
I. Die von der Schweigepflicht betroffenen Personen (Abs. 1) . . . . .	140
II. Der Inhalt der Geheimhaltungspflicht (Abs. 1) . . . . .	141
III. Die Geheimhaltungspflicht gegenüber den Finanzämtern (Abs. 2) . . . . .	142
 <i>Zweiter Abschnitt: Vorschriften für die Kreditinstitute</i>	
1. Eigenkapital und Liquidität . . . . .	143
§ 10 Eigenkapitalausstattung . . . . .	143
I. Der Grundgedanke der Eigenkapitalausstattung (Abs. 1 Satz 1) . . . . .	144
II. Die Richtsätze des Bundesaufsichtsamts für die Eigenkapitalausstattung (Abs. 1 Satz 2 und 3) . . . . .	145
III. Der Begriff des „haftenden Eigenkapitals“ (Abs. 2—5) . . . . .	146
§ 11 Liquidität . . . . .	153
I. Der Grundgedanke der Liquiditätshaltung (Satz 1) . . . . .	153
II. Die Liquiditätsrichtsätze des Bundesaufsichtsamts (Sätze 2 und 3) . . . . .	155
§ 12 Anlagen in Grundbesitz, Schiffen und Beteiligungen . . . . .	155
I. Die Beschränkung illiquider Anlagen (Satz 1) . . . . .	155
II. Ausnahmen von der Liquiditätsvorschrift des § 12 S. 1 (Satz 2) . . . . .	157
2. Kreditgeschäft . . . . .	158
§ 13 Großkredite . . . . .	158
I. Der Begriff Großkredit (Abs. 1 Satz 1, Abs. 5) . . . . .	158
II. Die Anzeigepflicht (Abs. 1 Satz 1, Abs. 6) . . . . .	159
III. Die Weiterleitung der Anzeigen (Abs. 1 Satz 3 und 4) . . . . .	161
IV. Die Höhe der Großkredite (Abs. 3 und 4) . . . . .	161
V. Die Zustimmung der gesamten Geschäftsleitung zu Großkrediten (Abs. 2 und 6) . . . . .	162
§ 14 Millionenkredite . . . . .	163
I. Der Begriff „Millionenkredite“ (Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3) . . . . .	163
II. Die Anzeigepflicht (Abs. 1 Satz 1 und 2) . . . . .	164
III. Die Weiterleitung der Anzeigen an das Bundesaufsichtsamt (Abs. 1, Satz 3) . . . . .	165
IV. Die Benachrichtigung der Kreditinstitute (Abs. 2) . . . . .	165
§ 15 Organkredite . . . . .	165
I. Der Begriff „Organkredit“ (Abs. 1) . . . . .	167
II. Die Zustimmung der gesamten Geschäftsleitung und des Aufsichts- organs zu Organkrediten (Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, Abs. 5) . . . . .	170
III. Erweiterungen und Einschränkungen (Abs. 2, 3 und 4 Satz 5) . . . . .	172

	Seite
§ 16 Anzeigepflicht für Organkredite . . . . .	173
I. Kredite an Geschäftsleiter, Beamte und Angestellte (Ziff. 1) . . . . .	175
II. Kredite an Gesellschafter (Ziff. 2) . . . . .	175
III. Entnahmen (Ziff. 3) . . . . .	175
IV. Kredite an Mitglieder des Aufsichtsorgans (Ziff. 4) . . . . .	176
V. Kredite an Ehegatten, minderjährige Kinder und Stellvertreter (Ziff. 5 und 6) . . . . .	176
VI. Organkredite i. S. von § 15 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 7—11 und von § 15 Abs. 2	176
§ 17 Haftungsbestimmung . . . . .	176
I. Voraussetzungen und Inhalt der Haftung (Abs. 1) . . . . .	177
II. Die Geltendmachung der Schadenersatzansprüche (Abs. 2) . . . . .	179
§ 18 Kreditunterlagen . . . . .	180
I. Die Pflicht zur Prüfung der Kreditwürdigkeit und zur Kredit- überwachung (Satz 1) . . . . .	180
II. Die Ausnahme von der Überprüfungspflicht (Satz 2) . . . . .	182
§ 19 Begriff des Kredits und des Kreditnehmers . . . . .	182
I. Die Bedeutung der Legaldefinition . . . . .	183
II. Der Begriff Kredit (Abs. 1) . . . . .	183
III. Der Begriff Kreditnehmer (Abs. 2) . . . . .	184
§ 20 Ausnahmen . . . . .	185
I. Ausnahmen von §§ 13—18 (Abs. 1) . . . . .	186
II. Teilausnahmen von §§ 13—18 für Realkredit- und langfristige Kommunalkreditgeschäfte (Abs. 2) . . . . .	187
III. Ausnahmen von § 14 für Versicherungsunternehmen, Sozialversiche- rungsträger und für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Abs. 3) . . . . .	188
IV. Ausnahmen von § 13 (Abs. 4) . . . . .	189
3. Sparverkehr . . . . .	190
§ 21 Spareinlagen . . . . .	190
I. Begriff der Spareinlagen (Abs. 1) . . . . .	190
II. Materielle Voraussetzungen für die Bildung von Spareinlagen (Abs. 2 und 3) . . . . .	191
III. Vorschriften für die Urkunde (Sparbuch) (Abs. 4) . . . . .	192
§ 22 Kündigung und Rückzahlung . . . . .	194
I. Gesetzliche Kündigungsfrist (Abs. 1) . . . . .	194
II. Die vertragliche Kündigungsfrist (Abs. 2) . . . . .	195
III. Vorzeitige Rückzahlungen (Abs. 3) . . . . .	195
IV. Die Bekanntmachung der Zinssätze (Abs. 4) . . . . .	195
4. Zinsen, Provisionen und Werbung . . . . .	197
§ 23 . . . . .	197
I. Der Erlaß von Rechtsverordnungen (Abs. 1 und 3) . . . . .	197
II. Allgemeine Maßnahmen des Bundesaufsichtsamtes (Abb. 2) . . . . .	199
5. Besondere Pflichten der Kreditinstitute . . . . .	200
§ 24 Anzeigen . . . . .	200
I. „Unverzügliche“ Anzeigen (Abs. 1) . . . . .	200
II. „Rechtzeitige“ Anzeigen (Abs. 2) . . . . .	203
§ 25 Monatsausweise . . . . .	203
I. Die Pflicht zur Einreichung von Monatsausweisen (Abs. 1) . . . . .	203
II. Die Weiterleitung der Monatsausweise (Abs. 2) . . . . .	204

	Seite
§ 26 Bilanzvorlage . . . . .	204
I. Der Jahresabschluß (Satz 1) . . . . .	205
II. Der Geschäftsbericht und die Erläuterung zum Jahresabschluß (Satz 1) . . . . .	205
III. Der Prüfungsbericht (Satz 2) . . . . .	206
6. Prüfung des Jahresabschlusses und Depotprüfung . . . . .	207
§ 27 Prüfung des Jahresabschlusses . . . . .	207
I. Die Pflichtprüfung in formeller Hinsicht (Abs. 1) . . . . .	207
II. Materielles Prüfungsrecht (Abs. 2 und 3) . . . . .	209
§ 28 Bestellung des Prüfers in besonderen Fällen . . . . .	211
I. Die Anzeigepflicht (Abs. 1 Satz 1, Abs. 3) . . . . .	211
II. Die Pflicht zur Bestellung eines anderen Prüfers (Abs. 1 Satz 2, Abs. 3) . . . . .	212
III. Die gerichtliche Bestellung eines Prüfers (Abs. 2 und 3) . . . . .	213
§ 29 Besondere Pflichten des Prüfers . . . . .	213
I. Die Prüfungspflicht hinsichtlich der Erfüllung von Anzeigepflichten (Abs. 1) . . . . .	214
II. Erläuterungs- und Auskunftspflichten (Abs. 2) . . . . .	214
§ 30 Depotprüfung . . . . .	215
I. Grundsatz (Abs. 1) . . . . .	215
II. Ausführungsbestimmungen (Abs. 2 Satz 1) . . . . .	216
III. Die Bestellung der Depotprüfer (Abs. 2 Satz 2 und 3) . . . . .	216
7. Befreiungen . . . . .	217
§ 31 . . . . .	217
I. Generelle Befreiungen (Abs. 1) . . . . .	217
II. Einzelbefreiungen (Abs. 2) . . . . .	218
 <i>Dritter Abschnitt: Vorschriften über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute</i>	
1. Zulassung zum Geschäftsbetrieb . . . . .	220
§ 32 Erlaubnis . . . . .	220
I. Die Konzessionspflicht (Abs. 1) . . . . .	220
II. Die Erlaubnis unter Auflagen (Abs. 2 Satz 1) . . . . .	223
III. Die beschränkte Erlaubnis (Abs. 2 Satz 2) . . . . .	223
§ 33 Versagung der Erlaubnis . . . . .	224
I. Der Rechtsanspruch auf Erlaubniserteilung . . . . .	224
II. Die Erlaubnisversagungsgründe des § 33 . . . . .	225
§ 34 Stellvertretung und Fortführung bei Todesfall . . . . .	228
I. Das Verbot der Stellvertretung (Abs. 1) . . . . .	229
II. Die Fortführung des Kreditinstituts bei Todesfall (Abs. 2) . . . . .	229
§ 35 Erlöschen und Rücknahme der Erlaubnis . . . . .	230
I. Erlöschen der Erlaubnis (Abs. 1) . . . . .	230
II. Die Rücknahme der Erlaubnis (Abs. 2) . . . . .	231
§ 36 Abberufung von Geschäftsleitern . . . . .	233
I. Die Abberufung von gesetzlichen Geschäftsleitern wegen persönlicher Unzuverlässigkeit oder Mangel an fachlicher Eignung (Abs. 1) . . . . .	233
II. Die Abberufung von gesetzlichen Geschäftsleitern wegen Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen oder gegen Anordnungen des Bundesaufsichtsamtes (Abs. 2) . . . . .	235
§ 37 Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte . . . . .	236



	Seite
§ 38 Folgen der Erlaubnistrücknahme . . . . .	237
I. Die behördliche Liquidationsanordnung (Abs. 1 und 3) . . . . .	237
II. Die öffentliche Bekanntmachung der Erlaubnistrücknahme (Abs. 2) . . . . .	239
2. Schutz der Bezeichnung „Bank“ und „Sparkasse“ . . . . .	240
§ 39 Bezeichnungen „Bank“ und „Bankier“ . . . . .	240
I. Die Bezeichnung „Bank“ und „Bankier“ (Abs. 1 und 3) . . . . .	240
II. Die Bezeichnung „Volksbank“ (Abs. 2) . . . . .	245
III. Die Bezeichnung „Kapitalanlagegesellschaft“ und „Investment- gesellschaft“ . . . . .	245
§ 40 Bezeichnung „Sparkasse“ . . . . .	245
§ 41 Ausnahmen . . . . .	247
§ 42 Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes . . . . .	248
§ 43 Registervorschriften . . . . .	250
I. Der Erlaubnisnachweis im Eintragungsverfahren (Abs. 1) . . . . .	250
II. Die Löschung der Firma von Amts wegen (Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3) . . . . .	251
III. Das Ordnungsstrafverfahren (Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3) . . . . .	252
3. Auskünfte und Prüfungen . . . . .	253
§ 44 . . . . .	253
I. Das Auskunfts- und Prüfungsrecht (Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2, 3 und 4) . . . . .	253
II. Das Teilnahme- und Einberufungsrecht des Bundesaufsichtsamts hin- sichtlich der Versammlungen und Sitzungen der Gesellschaftsorgane (Abs. 1 Ziff. 2 und 3) . . . . .	257
4. Maßnahmen in besonderen Fällen . . . . .	259
§ 45 Maßnahmen bei unzureichendem Eigenkapital oder unzureichender Liquidität . . . . .	259
I. Materielle und formelle Voraussetzungen für die Maßnahmen (Abs. 1 und 2) . . . . .	259
II. Der Inhalt der Maßnahmen (Abs. 1) . . . . .	260
§ 46 Maßnahmen bei Gefahr . . . . .	261
I. Die Voraussetzungen für einstweilige Maßnahmen (Abs. 1 Satz 1) . . . . .	261
II. Der Inhalt der Maßnahmen (Abs. 1 Satz 2) . . . . .	262
III. Die gerichtliche Bestellung eines Vertreters auf Antrag des Bundesaufsichtsamtes (Abs. 2) . . . . .	263
§ 47 Moratorium, Einstellung des Bank- und Börsenverkehrs . . . . .	263
§ 48 Wiederaufnahme des Bank- und Börsenverkehrs . . . . .	265
5. Vollziehbarkeit, Zwangsmittel, Kosten und Gebühren . . . . .	267
§ 49 Sofortige Vollziehbarkeit . . . . .	267
§ 50 Zwangsmittel . . . . .	267
I. Der Verwaltungszwang des Bundesaufsichtsamts im allgemeinen (Abs. 1 Satz 1, Abs. 2) . . . . .	268
II. Der Verwaltungszwang gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts (Abs. 1 Satz 2) . . . . .	269
§ 51 Kosten und Gebühren . . . . .	269
I. Die Umlegung der Kosten des Bundesaufsichtsamts (Abs. 1) . . . . .	270
II. Die Gebühren (Abs. 2) . . . . .	271

	Seite
III. Die Kosten der Depotprüfung, der Bekanntmachung, der Sonderprüfung und der Bestellung von Aufsichtspersonen (Abs. 3) . . . . .	271
<i>Vierter Abschnitt: Sondervorschriften</i>	
§ 52 Sonderaufsicht . . . . .	272
I. Die Konkurrenz von Bankenaufsicht und Sonderaufsicht (Abs. 1) . . . . .	272
II. Die Übertragung der Aufsicht über Hypotheken- und Schiffsbanken auf das Bundesaufsichtsamt (Abs. 2) . . . . .	273
§ 53 Zweigstellen ausländischer Unternehmen . . . . .	273
I. Die Fiktion der selbständigen Kreditinstitutseigenschaft der Zweigstelle (Abs. 1) . . . . .	275
II. Die Sonderbehandlung der inländischen Zweigstelle ausländischer Kreditinstitute (Abs. 2) . . . . .	275
III. Der Gerichtsstand für inländische Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute (Abs. 3) . . . . .	277
IV. Ausnahmen auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen (Abs. 4) . . . . .	277
<i>Fünfter Abschnitt: Strafvorschriften, Bußgeldvorschriften</i>	
§ 54 Verbotene Geschäfte, Handeln ohne Erlaubnis . . . . .	279
§ 55 Verletzung der Schweigepflicht . . . . .	280
§ 56 Ordnungswidrigkeiten . . . . .	281
§ 57 Handeln für einen anderen . . . . .	282
§ 58 Verletzung der Aufsichtspflicht . . . . .	283
§ 59 Geldbußen gegen Kreditinstitute . . . . .	284
§ 60 Zuständige Verwaltungsbehörde und Verjährung . . . . .	284
<i>Sechster Abschnitt: Übergangs- und Schlußvorschriften</i>	
§ 61 Erlaubnis für bestehende Kreditinstitute . . . . .	286
§ 62 Überleitungsbestimmungen . . . . .	286
I. Die Weitergeltung der auf dem Gebiete des Kreditwesens bestehenden Rechtsvorschriften und Anordnungen (Abs. 1 S. 1) . . . . .	287
II. Die Weitergeltung von Sondergesetzen (Abs. 1 S. 2) . . . . .	288
III. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern (Abs. 2 und 3) . . . . .	288
IV. Ausnahmen für Revolvinggeschäfte des Systems „7—M“ (Abs. 4) . . . . .	288
V. Ausnahmen für die Deutsche Reichsbank, die Deutsche Golddiskont- bank, die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden und die Deutsche Verrechnungskasse (Abs. 5) . . . . .	289
§ 63 Aufhebung und Änderung von Rechtsvorschriften . . . . .	289
§ 64 Berlin-Klausel . . . . .	293
§ 65 Inkrafttreten . . . . .	294
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	295
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	299
<b>Namensverzeichnis</b> . . . . .	305
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	307